

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article 11:

By Mr Joschka Fischer

Status : - Member

Artikel 11: [Asyl]

(1) Die Union entwickelt eine gemeinsame Politik im Bereich Asyl, subsidiärer Schutz und vorübergehender Schutz, mit der jedem Drittstaatsangehörigen, der internationalen Schutz benötigt, ein geeigneter Status angeboten und die Einhaltung des Grundsatzes der Nicht-Zurückweisung gewährleistet werden soll. Diese Politik steht in Übereinstimmung mit dem Genfer Abkommen vom 28. Juli 1951, dem Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und den anderen einschlägigen Verträgen.

(2) Zu diesem Zweck erlassen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze oder Rahmengesetze zur Einführung einer gemeinsamen europäischen Asylregelung, die Folgendes umfassen:

- Mindestnormen für einen in der ganzen Union gültigen einheitlichen Asylstatus für Drittstaatsangehörige,
- Mindestnormen für einen einheitlichen subsidiären Schutzstatus für Drittstaatsangehörige, die zwar keinen europäischen Asylstatus erhalten, aber dennoch internationalen Schutz benötigen,

- Mindestnormen für einen einheitlichen vorübergehenden Schutzstatus für Vertriebene im Falle eines Massenzustroms,
- Mindestnormen für ein gemeinsames Verfahren für die Gewährung und den Entzug des Asylstatus ~~– bzw. des subsidiären oder vorübergehenden Schutzstatus,~~
- Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Antrags auf Asyl ~~oder subsidiären Schutz~~ zuständig ist,
- Mindestnormen ~~Normen~~ für die Aufnahmebedingungen von Personen, die Asyl ~~oder subsidiären bzw. vorübergehenden Schutz~~ beantragen.

(3) Sehen sich ein oder mehrere Mitgliedstaaten einer Notlage aufgrund eines plötzlichen Zustroms von Staatsangehörigen dritter Länder gegenüber, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit Verordnungen oder Beschlüsse erlassen, die vorläufige Maßnahmen zugunsten der betreffenden Mitgliedstaaten vorsehen. Er beschließt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments.

Explanation:

Absatz 1: Die Aufnahme des Politikbereichs "subsidiärer Schutz" entspricht der Ermächtigung zu Maßnahmen über einen einheitlichen subsidiären Schutzstatus im 2. Spiegelstrich von Absatz 2.

Absatz 2: Die Regelungskompetenz der Union im Bereich Asyl sollte auf Mindestnormen beschränkt bleiben, um großzügigere Regelungen den Mitgliedstaaten zu überlassen und um nationalen Besonderheiten angemessen Rechnung tragen zu können.

Vierter und fünfter Spiegelstrich: Die Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Regelung des Verfahrens zur Gewährung des subsidiären oder vorübergehenden Schutzstatus wird abgelehnt. Hier bestehen noch keinerlei Erfahrungen mit europäischen Regelungen, so dass die Aufnahme einer Rechtsgrundlage derzeit verfrüht ist. Für die Personengruppe "vorübergehender Schutzstatus" gibt es darüber hinaus kein (Anerkennungs-)Verfahren im förmlichen Sinne.

Im letzten Spiegelstrich geht die Ermächtigung zu Maßnahmen betreffend die Aufnahmebedingungen von Personen, die subsidiären Schutz beantragen, über den Status Quo hinaus. Art. 63 Absatz 1 b) EGV bezieht sich nur auf Asylbewerber. Insoweit wäre die Aufnahme einer Rechtsgrundlage verfrüht. Das gleiche gilt auch für den "vorübergehenden Schutz". Zudem wird dieser regelmäßig nicht beantragt.

Grundsätzlich: Die Regelungen über den Zugang zum nationalen Arbeitsmarkt bleiben den Mitgliedstaaten vorbehalten.